



Erneuerbare Energien produzieren schon fast einen Drittel des europäischen Stroms, doch das fossile Zeitalter ist noch lange nicht vorbei.

SILAS STEIN / IMAGO

Zeit für Pragmatismus

Vier Jahre nach dem Angriff auf die Ukraine legt der Iran-Krieg erneut die strategische Verwundbarkeit Europas offen: Der Kontinent produziert zu wenig Energie. Das schafft gefährliche Abhängigkeiten und nützt dem Klima nichts. Von Peter Rásonyi

Die Erschütterungen des Iran-Kriegs erreichen wie ein Tsunami alle Kontinente. Sie werden über die Schifffahrtsrouten der grossen Erdöl- und Flüssiggastanker übertragen, die seit mehr als einem Monat durch die Blockade der Strasse von Hormuz unterbrochen sind. Selbst wenn der Krieg und die Blockade in den nächsten Wochen durch Verhandlungen beendet werden sollten, ist schon jetzt klar: Der Angriff Israels und der USA auf Iran wird weltweit zu einem Inflationsschub führen, der das Wirtschaftswachstum dämpft.

Da mag die Antwort auf die jüngste Erdölkrise naheliegender erscheinen, die Elektrifizierung der Volkswirtschaften durch Strom aus erneuerbaren Energien voranzutreiben. Europa will das fossile Zeitalter mit all seinen Krisen und Abhängigkeiten hinter sich lassen. Diese Strategie bleibt richtig, doch sie ist vorerst ein Traum. Trotz grossen Fortschritten bei der Installation und der Nutzung von Windkraft und Solarenergie ist die Nutzung fossiler Brennstoffe in Europa zwar rückläufig, aber unentbehrlich. Und das wird noch viele Jahre so bleiben.

Rasche Abkehr unrealistisch

Wind- und Solarenergie erreichten 2025 europaweit erstmals einen rekordhohen Anteil an der Stromproduktion von 30 Prozent, ein Prozentpunkt mehr als die fossilen Energieträger. Doch insgesamt braucht Europa weiterhin die fossilen Energieträger. Nur 20 Prozent des gesamten Energieverbrauchs kamen 2024 aus erneuerbaren Quellen, 38 Prozent aus Erdöl, 21 Prozent aus Erdgas und 10 Prozent aus Kohle. 57 Prozent seines Energiebedarfs muss Europa importieren.

Eine rasche Abkehr von den fossilen Energien ist unrealistisch. In Grossbritannien zum Beispiel heizen noch drei Viertel der Privathaushalte ihre Wohnungen mit Gasbrennern, und es gibt keinen realistischen Plan, dies in kurzer Zeit zu ändern. Und Deutschland verbrennt trotz dem geplanten Bann von Kohlekraftwerken bis 2038 so viel Kohle zur Stromerzeugung wie kein anderes europäisches Land. Die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche will deshalb neue Gaskraftwerke mit einer Leistung von mindestens 11 Gigawatt bauen. Ziemlich genau so viel leisteten die acht Kernkraftwerke, die in den letzten zehn Jahren in Deutschland vom Netz genommen wurden. Die neuen Gaskraftwerke

Auf dem Weg zur Klimaneutralität sollte Europa neben dem Klimaschutz mehr Rücksicht auf die Versorgungssicherheit und die Kosten nehmen.

sind nötig, weil die Stromproduktion aus Wind- und Solarkraft stark schwankend ist. Ähnlich ist es in der Schweiz, die wegen des wachsenden Strombedarfs kaum um den Bau mehrerer Gaskraftwerke herumkommen wird.

Die europäischen Staaten haben sich im Rahmen der Uno-Klimaverträge zu einer weiteren drastischen Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet mit dem Ziel, bis spätestens 2050 die Atmosphäre netto mit keinen weiteren Emissionen zu belasten. Doch Europa ist weiter von diesem Ziel entfernt, der Rest der Welt ohnehin.

Die USA sind mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weisse Haus aus allen klimapolitischen Verpflichtungen ausgestiegen. Die nationale Regulierung von Treibhausgasen wurde gestoppt. Trump bekämpft geradezu obsessiv die weitere Installation von Windkraft- und Solaranlagen.

Und selbst in Europa ist zweifelhaft, wie gross der Wille und die Opferbereitschaft für das Ziel der Klimaneutralität tatsächlich sind. Zwar fehlt es nicht an abstraktem Zuspruch für den Klimaschutz, der sich auch in der Gesetzgebung niederschlägt. Doch das Konsumverhalten der Bürger lässt wenig davon erkennen. Die zu Zeiten der Klimastreiks vieldiskutierte Flugscham ist eine Phantasie. Werden in einem Land die Subventionen für Elektroautos, Solarpanels oder Wärmepumpen gekürzt, bricht die Nachfrage ein.

Auch auf politischer Ebene gab es jüngst Rückschläge. Das Emissionshandelssystem für Grossverbraucher ist von verschiedenen Regierungen unter Beschuss. Die neue deutsche Regierung hält weiterhin am Ziel der Klimaneutralität bis 2045 fest, doch das Land ist laut dem Expertenrat für Klimafragen nicht auf Kurs. In mehreren Staaten, darunter Italien und Deutschland, hielten die Regierungen den Druck gestiegener Treibstoffpreise nicht einmal für wenige Wochen aus, schon senkten sie die Steuern.

Es ist höchste Zeit, dass die europäische Energiepolitik zu einer realistischeren Selbsteinschätzung findet. Die weitere Reduktion der Treibhausgase ist ein richtiges Ziel. Die Klimaerwärmung führt zu Risiken, die alle betreffen und die man nicht tatenlos hinnehmen sollte. Doch es ist nicht entscheidend, ob Europa ein paar Jahre früher oder später den Zustand der Klimaneutralität erreicht. Entscheidend ist, dass die Energiewende mit all ihren Folgen von Gesellschaft und Wirtschaft getragen und gewirkt wird.

Die Stromnachfrage wird in den nächsten Jahren kräftig steigen, angetrieben durch die Elektrifizierung von Verkehr, Gebäudeheizungen, Industrie sowie boomende Datenzentren. Für Europa wird das Wachstum auf mehr als 2 Prozent pro Jahr geschätzt. Erneuerbare Energien reichen heute und in absehbarer Zukunft nicht aus, um diesen Bedarf zu decken, auch wegen zu wenig Speichermöglichkeiten. Fehlt es an Gas oder ist dieses zu teuer, werden (wie etwa nach Russlands Überfall auf die Ukraine) notfalls stillgelegte Kohlekraftwerke in Betrieb genommen – das ist das für das Klima schlimmste Szenario. In den USA wird dagegen der wachsende Strombedarf wegen des reichlich vorhandenen Erdgases und der selbst vor dem Iran-Krieg nur rund ein Drittel so hohen Gaspreise wie in Europa primär durch klimafreundlichere Gaskraftwerke gedeckt. Die tiefen Gaspreise wirken sich auf die Strompreise aus, die in den USA für Grossverbraucher etwa halb so hoch sind wie in Europa.

Brennstoffe werden importiert

Es nützt dem Klima nichts, wenn Industrieproduktion auf andere Kontinente verlagert wird, wo die Energiepreise wegen geringerer Anforderungen an den Klimaschutz tiefer sind. Die hohen Energiepreise für die Industrie und die extrem teuren Programme zum Ersatz von Erdgas durch (nicht vorhandenen) Wasserstoff vertreiben trotz staatlichen Subventionen zu viele Betriebe aus Europa.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität sollte Europa deshalb neben dem Klimaschutz mehr Rücksicht auf die Versorgungssicherheit und die Kosten nehmen. Folgende Korrekturen sind wichtig:

- Die Produktion von Erdgas ist in Europa (ohne Norwegen) in den letzten zwanzig Jahren um rund 70 Prozent gesunken. Das hat nicht nur mit dem Erschöpfen der grossen Felder in der Nordsee zu tun. Es folgt auch aus dem weitgehenden Verzicht auf Investitionen in neue Explorationen, die durch hohe Steuern und fehlende staatliche Bewilligungen wegen des Klimaschutzes verhindert werden; in Grossbritannien läuft darüber gerade ein heftiger politischer Streit. Acht europäische Staaten haben die Förderung von Öl und Gas durch Fracking verboten. Dabei hat Fracking die USA in den letzten fünfzehn Jahren zum weltweit grössten Produzenten und zum Netto-Exporteur gemacht. Auch das Potenzial der Geothermie wird in den USA stärker exploriert als in Europa. Europa verbraucht mit seiner Zurückhaltung allerdings nicht weniger Gas, Benzin und Diesel; die Brennstoffe werden einfach importiert, zunehmend aus den USA. Der Iran-Krieg und die Spannungen mit der erpresserischen Regierung Trump zeigen, wie verletzlich sich Europa durch diese Abhängigkeit macht. Mehr eigene Erdgasförderung würde den Kontinent nicht von den Weltmarktpreisen abkoppeln, aber die Versorgungssicherheit erhöhen und die politische Erpressbarkeit reduzieren. Das wäre im neuen Zeitalter der geopolitischen Brutalität wichtig.

- Die EU-Kommission fordert neuerdings ein Revival der Atomenergie. Das ist richtig. Bis neue Kernkraftwerke in Europa in Betrieb gehen werden – seien es klassische oder die neuen modularen Reaktoren –, wird sich der Kontinent allerdings tief in den dreissiger Jahren befinden. Umso wichtiger ist es, dass Europa jetzt rasch offen für diese Technologie ist.

- Erneuerbare Energien bewähren sich. Doch für ihre weitere Verbreitung müssen rechtzeitig und zu vernünftigen Kosten die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Der Ausbau von Wind- und Solarkraft muss mit dem Ausbau der Verteilnetze einhergehen und darf diese nicht überlasten. Deshalb sind etwa die Vorschläge der deutschen Wirtschaftsministerin Katherina Reiche richtig, die Subventionen für Solarpanels auf Dächern einzustellen und die Abnahmegarantien für neue Windräder einzuschränken, wo ein ausreichender Netzanschluss fehlt. So sollen unverhältnismässige Kosten vermieden werden.

- Elektrofahrzeugen gehört die Zukunft. Ihr Erfolg darf aber nicht von Subventionen abhängen. Viel eher werden Lösungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur benötigt, auch für Wohnungsmieter ohne Garagenplätze. Mit den neusten Innovationen in der Batterietechnik, die in den nächsten Jahren auf den Markt kommen werden, werden Elektrofahrzeuge sehr bald auch ohne Subventionen attraktiv und wettbewerbsfähig sein – wenn die Ladeinfrastruktur für den Massenmarkt verfügbar ist. Deshalb sind heutige Subventionsprogramme nicht sinnvoll.

Europa darf den Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren, er ist wichtig. Gerade deshalb sollte die Politik einen vernünftigeren Kurs einschlagen und die Voraussetzungen für den Erfolg unter wirtschaftlichen Bedingungen schaffen. Sonst droht sich der bereits sichtbare Backlash gefährlich zu verstärken. Denn die Opferbereitschaft der Konsumenten hält sich in engen Grenzen. Dasselbe gilt für die Leidensfähigkeit der Unternehmen. Mit politischen Slogans und hartnäckigem Lobbyismus allein werden die Klimaziele nicht erreicht werden.